

FREIE WAHLER Bayern Landesgeschäftsstelle
Giesinger Bahnhofplatz 9, 81539 München

Initiative stopp TTIP BGL/TS
Herrn
Franz Rieger
Rumersham 11
83119 Obing

Michael Fischl

Landesgeschäftsführer

Giesinger Bahnhofplatz 9
81539 München

Tel: +49 (0)89 / 52 03 21 61
Fax: +49 (0) 89 / 52 03 21 62
E-Mail: michael.fischl@fw-bayern
Web: www.fw-bayern.de

München, 30.7.2018

Sehr geehrter Herr Rieger,

ich bedanke mich für Ihre Fragen zur Landtagswahl 2018, die die FREIEN WÄHLER wie folgt beantworten:

- 1.) Wird Ihre Partei CETA zum Thema im Landtagswahlkampf machen?
- 2.) Können Sie garantieren, dass Ihre Partei nach der Landtagswahl keine Koalition eingehen wird, die im Koalitionsvertrag vereinbart, CETA im Bundesrat zuzustimmen?
- 3.) Können Sie schriftlich versichern, dass eine Regierung in Bayern im Falle einer Beteiligung Ihrer Partei, CETA im Bundesrat ablehnen, bzw. sich enthalten wird?

Ja zu allen drei Fragen. Wir als Freie Wähler werden auch weiterhin unsere kritische Haltung gegenüber CETA zum Ausdruck bringen. Wir gehörten bereits zu den Unterstützern des Volksbegehrens gegen CETA in Bayern, das schließlich vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof scheiterte. Als kommunale Graswurzelbewegung sehen wir insbesondere die in CETA niedergelegten Regeln im Umgang mit öffentlichen Dienstleistungen kritisch. Der Ansatz, wonach alle Dienstleistungen grundsätzlich in den Anwendungsbereich des Abkommens fallen, sofern nicht eine ausdrückliche Ausnahme formuliert ist, halten wir für grundlegend falsch. Der Bürger als Souverän muss weiterhin unabhängig von Handelsabkommen die Hoheit haben, über Art und Umfang öffentlich zu erbringender Dienstleistungen zu jedem Zeitpunkt entscheiden zu können. Hingegen drohen nun Interpretationsspielräume bei den mühsam formulierten Ausnahmetatbeständen, die zu Einfallstoren für mögliche Klagen werden können. Die Regeln für den Investitionsschutz sind für uns ebenso nicht hinnehmbar: Der geplante Investitionsgerichtshof ist nicht mehr als ein ständiges Schiedsgericht. Wir halten diese geplante Paralleljustiz mangels demokratischer Legitimierung für höchst problematisch. Zudem sind unsere eigenen nationalen Gerichte bestens in der Lage, rasch, kompetent, effektiv und kostengünstig alle zu erwartenden Streitfälle zu entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

